



Politik

Gastbeitrag

Fragwürdige Propaganda zum CO2-Gesetz

Mit Blick auf die Abstimmung zum CO2-Gesetz setzt Simonetta Sommaruga auf Leimruten: So sei für einen durchschnittlichen 4-Personen-Haushalt mit jährlichen Mehrkosten von lediglich 100 Franken zu rechnen. Das erstaunt. – Ein Gastbeitrag von René Weiersmüller.



René Weiersmüller am 27. Mai 2021

In dem vor kurzem erschienenen Bericht des Bundesrates «Langfristige Klimastrategie der Schweiz» ist nämlich die Rede von zusätzlichen Aufwendungen von durchschnittlich 2,4 Mia. Franken pro Jahr. Pro Person also knapp 300 Franken oder pro 4-Personen-Haushalt gut 1100 Franken. Das ist 11-mal mehr. Und Wissenschaftler des Paul-Scherrer-Institutes (PSI) schätzten kürzlich die zusätzlichen Kosten des CO2-Gesetzes je nach Szenarium gar auf zwischen 200 und 860 Franken pro Kopf und Jahr entsprechend 800 bis 3400 Franken je Haushalt und Jahr.

Dabei ist nicht einmal klar, wohin die Reise letztlich geht. Eine Kostenprognose ist somit per se fragwürdig, insbesondere bei der nebulösen Strategie: Erfolgt die Speicherung von Strom für Heizung und Mobilität für den Winter durch gigantische Pumpspeicherseen, fast unbezahlbare Akkus, synthetischen Treibstoff oder durch Winterbetrieb von Gaskraftwerken? Funktioniert die sehr energieaufwendige CO2-Abscheidung aus der Luft und Deponierung im Untergrund auch im Grossen und bei extrem schwankendem Solarstromangebot? Zumal die Erfahrungen mit Deponien in der Schweiz ziemlich zwiespältig sind, siehe kostspielige Sanierungen der Sondermülldeponien in Kölliken AG, Bonfol JU oder das Munitionslager Mitholz BE etc. Oder die endlose Planung einer Atommülldeponie.

WERBUNG

Mieter müssen mit happigen Mehrkosten rechnen

Ein wesentlicher Kostenfaktor wird auch die Umstellung von Altbauten auf Wärmepumpenheizungen sein. Diese erfordern in vielen Fällen eine sehr kostspielige und völlig unwirtschaftliche energetische Sanierung der Gebäudehülle. Faustregel: Um bei heutigen Randbedingungen jährlich einen Franken Heizenergie einzusparen, sind Investitionen von 100 bis 200 Franken nötig. Das trifft den Hausbesitzer, aber vor allem die Mieter. Diese müssen mit einer Mietzinserhöhung rechnen, die ein Mehrfaches ausmacht als die erzielte Heizkosteneinsparung. Daran ändern auch Subventionen wenig, welche der Hausbesitzer für die Sanierung entgegennimmt, an die Mieter weiterleitet und trotzdem als Einkommen versteuern muss. Anders gesagt, Mieter und Hausbesitzer werden diesbezüglich irreführend. Ob absichtlich oder wegen fehlender Erfahrung der Protagonisten mit der Praxis sei dahingestellt.

Triebkräfte der Klimarettung sind bis anhin Subventionen und Lenkungsabgaben. Mit Subventionen werden unwirtschaftliche Massnahmen scheinbar wirtschaftlich gemacht. Sind sie aber nicht: Das zuvor dem Bürger zusätzlich abgenommene Geld kommt einfach über einen andern (alternativen) Weg wieder zurück, wenigstens teilweise. Denn Subventionen sind als Einkommen zu versteuern und bescheren dem Staat so Steuereinnahmen, ohne dass er den Finger krümmen muss. Kein Wunder somit, wenn die Subventionen munter steigen, zumal damit auch noch der freie Wille des Subventionsempfängers durch Auflagen geschmälert wird.

Abzocke mit Lenkungsabgaben

Zurzeit bringen Lenkungsabgaben jährlich gut eine Milliarde Franken ein. Von der vollständigen Rückgabe, mit welcher das Volk geködert wurde, ist längst keine Rede mehr. Zudem wird die Lenkungsabgabe mit der Mehrwertsteuer belastet. Diese zurzeit gegen 100 Mio. Franken werden jedoch – wie ein Funktionär der Eidgenössischen Steuerverwaltung kleinlaut einräumte – nicht zurückerstattet. Mit der Anhebung auf 210 Franken je Tonne CO2 würden so jährlich rund 200 Mio. allein durch einbehaltene MWST zusammenkommen. Oder auf den durchschnittlichen 4-Personen-Haushalt von Frau Sommaruga zurückgerechnet jährlich fast 100 Franken allein an verlorener MWST.

Nicht zu vergessen die Privilegierten, welche an der Fernwärme angeschlossen sind. Auch wenn sie üble Verschwender sind, bezahlen sie keine CO2-Abgabe, profitieren jedoch auf Kosten der Übrigen von derselben Rückvergütung. Zudem: Beim Einkauf im Migros oder COOP zahlt der Kunde ebenfalls einen kleinen Anteil an die dort wirkungslose CO2-Abgabe. Ausserdem bezahlt der Steuerzahler die Heizkosten und damit auch einen Teil der CO2-Abgabe der Gebäude der öffentlichen Hand – ohne geringste Einflussmöglichkeit auf den CO2-Ausstoss.

Selbst wenn die ganze Schweiz ab Morgen kein CO2 mehr ausstösst, nehmen Gletscher und Permafrost gleichwohl ungebrems ab. Denn die Musik spielt nicht in der Schweiz, sondern noch viele Jahrzehnte in den USA, in China, Indien usw. Der entgegen jeglicher Logik vorgetäuschte Zeitdruck muss folglich misstrauisch machen, auch mit Blick auf die wohl selten so postwendend anberaumte Abstimmung wie die zum CO2-Gesetz. Dabei hätten wir doch genug Zeit für eine ausgegorene Klimastrategie, deren wahren, gigantischen Kosten dem Volk nicht untergeschlagen werden müssten. Nicht zu reden vom Ersatz von energieverworschleudernden Altbauten durch genügsamere Neubauten, ein Problem, das sich langfristig teils von selbst löst.



Autor/in

René Weiersmüller

René Weiersmüller ist unabhängiger Chemiker HTL/Ing. SIA und war früher bei der öffentlichen Hand für die technische Begutachtung von subventionierten Alternativenanlagen zuständig.

→ [Zur Webseite](#)